

Friedli ist raus – für diese SVP-Kandidaten steigen jetzt die Chancen

Michael Graber

Normalerweise suchen Politikerinnen und Politiker die grosse Bühne, wenn sie über grosse Pläne sprechen. Wie etwa eine Bundesratskandidatur. Esther Friedli wählte die Lokalst Plattform «Toggenburg24». Die St.Galler Ständerätin verkündete auf der Internetseite «exklusiv», dass sie für eine Kandidatur als Nachfolgerin von Guy Parmelin nicht zur Verfügung steht.

«Es ehrt mich, dass man mich als Kandidatin in Betracht zieht. Doch ich kann mir nicht vorstellen, die Arbeit als Ständerätin bereits nach dreieinhalb Jahren wieder abzugeben», so Friedli gegenüber dem Portal. Damit nimmt sich eine der grössten Favoritinnen vorzeitig aus dem Rennen.

Das nicht nur, weil sie gerne Ständerätin ist, sondern weil das Regierungsamt mit vielen Entbehrungen einhergehen würde. So führt sie etwa ein Restaurant mit über 20 Angestellten, bei dem sie gerne selbst an vorderster Front mithilft. Der Familienbetrieb würde laut Friedli mit dem neuen Amt «ein Stück weit aufs Spiel gesetzt». Das sei für sie undenkbar. Den Betrieb führt sie gemeinsam mit ihrem Mann Toni Brunner. Der ehemalige Parteipräsident der SVP ist übrigens auch aktueller Präsident des Vereins Churfürsten-Medien. Dieser ist, welcher Zufall, Träger der Plattform «Toggenburg24».

Erst eine halboffizielle Kandidatur

Das Kandidatenfeld der SVP für die Nachfolge von Parmelin bleibt damit sehr überschaubar. Mit dem Schwyzer Regierungsrat André Rüegsegger gibt es derzeit nur einen halboffiziellen Kandidaten. Rüegsegger hat sich selbst zwar noch nicht geäussert, seine Kantonalpartei hat ihn aber ins Spiel gebracht und das Vorgehen sei mit ihm abgesprochen gewesen. In der laufenden Woche

will sich Rüegsegger besprechen und anschliessend seine Entscheidung kommunizieren.

Sonst gibt es bisher vor allem Verzichtserklärungen. Magdalena Martullo-Blocher will ebenso wenig wie Gregor Rutz und Parteipräsident Marcel Dettling. Auch Nationalratspräsident Pierre-André Page hat abgewunken und auch die Aargauer Bildungsdirektorin Martina Bircher will nicht nach Bern wechseln.

Für die Volkspartei drängt die Zeit aber durchaus: In zwei Wochen ist Eingabeschluss für die Kandidaten – bis am 23. Oktober können die Kantonalparteien ihre Aspiranten bei der Mutterpartei melden. Dann will die Findungskommission der SVP den Anwärtern auf den Zahn fühlen und anschliessend nominieren die Fraktion am 20. November das Ticket.

Fraktionspräsident Thomas Aeschi sagte in der «Samstagsrundschau», dass der Bundesversammlung «mindestens» ein Zweierticket präsentiert werden soll. Ob es sicher eine Frau und sicher eine Kandidatur aus der Romandie auf den Wahlvorschlag schafft, wollte Aeschi nicht sagen. Es sei sicher wichtig, dass sowohl die Geschlechter als auch die Regionen im Bundesrat angemessen vertreten seien. Aber es gebe auch weitere Kriterien. Etwa Führungsqualitäten, Dossierfestigkeit und den viel beschworenen «Gmögigkeitsfaktor».



Esther Friedli an der Olma.

Bild: Oliver Bolt (8. Oktober)

Esther Friedli galt als Kronfavoritin für die Parmelin-Nachfolge. Nach ihrer Absage ist das Rennen offener denn je. Wer jetzt besonders gute Karten hat – und warum die kommenden Tage entscheidend werden.

Wie es damit bei ihnen aussieht, dürften sich nun vor allem die Genferin Céline Amaudruz, der Luzerner Franz Grüter, der Thurgauer Pascal Schmid, der Freiburger Nicolas Kolly und die Zürcher Regierungsrätin Natalie Rickli überlegen. Sie gelten alle als valable Kandidaten für das Amt. Dazu kommen noch ambitionierte Aussenseiter wie Benjamin Giezendanner und Christian Imark und auch Aeschi selbst hat sich noch nicht zu einer möglichen Kandidatur geäussert.

Folgt nun eine Woche der Entscheidungen?

Friedlis früher Rückzug dürfte bei diesen Überlegungen durchaus auch eine Rolle spielen. Mit dem Ver-

zicht einer der aussichtsreichsten Anwärterinnen sind die Wahlchancen der restlichen Papabili sicher nicht gesunken.

Denkbar ist, dass jetzt eine Woche der Entscheidungen ansteht. Am kommenden Samstag trifft sich die SVP in Bulle (FR) zur Delegiertenversammlung. Zwar ist die Bundesratswahl nicht auf der Traktandenliste und trotzdem dürfte sie das grosse Thema sein.

Sollte jemand doch noch die grosse Bühne suchen: Das wäre ein idealer Zeitpunkt, um die Kandidatur zu lancieren.



Friedli bringt neuen Namen ins Spiel

Esther Friedli will nicht Bundesrätin werden – und bringt dafür einen neuen Namen ins Spiel. Im «SonnTalk» auf TeleZüri wurde die St.Galler Ständerätin auf den Nationalrat Pascal Schmid (TG) angesprochen, den Favoriten von Christoph Blocher. Dieser bringe alles mit, was es brauche, sagte Friedli. Doch die SVP habe weitere geeignete Persönlichkeiten. Sie verwies auf die «sehr guten Regierungsräte» ihrer Partei und nannte den Walliser Staatsrat Franz Ruppen. Er ist in

Bern kein Unbekannter: Von 2015 bis 2021 sass er im Nationalrat. Bemerkenswert ist, wen Friedli nicht erwähnte: die Zürcher Regierungsrätin Nathalie Rickli, die eine Kandidatur prüft. Für sie sprang im «SonnTalk» Mitte-Nationalrätin Nicole Barandun in die Bresche. Sie würde es begrüssen, wenn der Kanton Zürich wieder im Bundesrat vertreten wäre. Martin Pfister habe gezeigt, dass ein Regierungsrat ein Gewinn für den Bundesrat sein könne. (dk)

Die SVP will eine neue Lösung für die Armeeaufrüstung

Keine Mehrwertsteuer, kein Fonds: SVP-Nationalrat Thomas Hurter schlägt eine neue Finanzierung vor. Er will dafür die FDP an Bord haben.

Othmar von Matt

Die Idee kam nach dem deutlichen Nein zur Neutralitätsinitiative auf: Die Finanzierung der Armeeaufrüstung solle besser nicht über eine bürgerliche Allianz geschehen, sagten die Sieger der Abstimmung. Sondern über eine Mitte-links-Allianz. «Wir strecken die Hand aus», hielt SP-Co-Präsident Cédric Wermuth gegenüber «Schweiz heute» fest. «Wir sind offen, mit FDP und Mitte nochmals eine Diskussion zu führen über die notwendigen Schritte in der Sicherheitspolitik.»

Diese Aussagen schreckten SVP und FDP auf, zumal sie aus dem Verteidigungsdepartement VBS ähnliche Signale vernahmen. Die Gefahr einer Mitte-links-Allianz für die Armee-



SVP-Nationalrat Thomas Hurter.

Bild: Key

aufrüstung drohe tatsächlich, bestätigt SVP-Nationalrat Thomas Hurter.

Er ist der Leader der SVP-Gruppe in der sicherheitspoliti-

schen Kommission des Nationalrats. Und er betont, dass SVP und FDP aktuell eine Lösung suchten, «damit das Verteidigungsdepartement nicht eine neue Allianz sucht». Hurter hält fest, dass es allerdings «sträflich» wäre, «würde sich die Mitte mit der Linken ins Bett legen». Diese sei nämlich grossmehrheitlich gegen die Aufrüstung der Armee.

SVP und FDP wollen eine neue Lösung

Klar ist eines: SVP und FDP wollen die Lösung nicht, die der Ständerat für die Finanzierung der Armeeaufrüstung zimmerte. Die kleine Kammer einigte sich im September auf ein Kompromissmodell: Sie möchte die Mehrwertsteuer nur um 0,2 Prozent erhöhen,

statt um 0,5 Prozent, wie das der Bundesrat vorschlägt. Zudem soll die Hälfte des Überschusses der Jahresrechnung in einen neuen Sicherheitsfonds fliessen. Dieser soll sich bis zu 12 Milliarden Franken verschulden können. Der Fonds soll von der Erhöhung der Mehrwertsteuer entkoppelt werden. Eine Lösung, der selbst die SVP-Ständeräte zustimmten.

Hurter präsentiert ein neues Konzept

Doch im Nationalrat wollen weder die SVP noch die FDP eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Und vor allem die SVP wehrt sich gegen eine Fondslösung, wie SVP-Nationalrat Hurter bestätigt: «Sonst wollen plötzlich auch die Landwirtschaft und

der Bildungsbereich einen solchen Fonds.»

Thomas Hurter hat deshalb für die Kommissionssitzung der sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats vom Montag und vom Dienstag eine neue Strategie entwickelt. «Ich mache einen neuen Konzeptantrag, um der Armee mehr Geld zu geben», bestätigt er. «Dieser Antrag soll einen bürgerlichen Schulterschluss ermöglichen.»

Doch was will Hurter? Er schlägt in der Kommission vor, von 2028 bis 2035 – also acht Jahre lang – zwei Drittel des Wachstums des gesamten Bundeshaushalts für die Armee zu verwenden. Er plant dies erst ab 2028, weil die Armeefinanzierung für die Jahre 2026 und 2027 bereits geregelt sei, wie er sagt.

«Als ich vor 20 Jahren ins Parlament kam, lag der Bundeshaushalt noch unter 60 Milliarden Franken», sagt Hurter. «Jetzt hat er beinahe 90 Milliarden erreicht. Und schon bald wird er 100 Milliarden betragen.» Deshalb sei dieser Weg vertretbar.

Bei der SVP hält man Hurters Idee für vielversprechend. Der SVP-Nationalrat war in diesem Zusammenhang auch «im Gespräch mit Finanz- und Sicherheitspolitikern der FDP», wie er bestätigt. Zudem sei denkbar, sagt er, dass die Idee auch von gewissen Mitte-Politikern unterstützt werde.

Braucht es dafür eine Änderung der Bundesverfassung? Das wisse er noch nicht, sagt Hurter. «Ich kläre das zurzeit ab.» Vermutlich, hält er fest, reiche aber ein Bundesbeschluss.